



## 9 €-Ticket bringt den ländlichen Räumen wenig

**Das Präsidium des Deutschen Landkreistages, das im Altmarkkreis Salzwedel zu einer Sitzung zusammengekommen ist, betrachtet die Einführung eines 9 €-Monatstickets für den ÖPNV für 90 Tage mit großer Skepsis. Präsident Landrat Reinhard Sager sagte: „Dabei handelt es sich um eine nur mit viel Aufwand umzusetzende politische Entscheidung, die kaum einen nachhaltigen Effekt haben wird. Besser wäre es gewesen, die dafür auszubehenden Milliarden in die Erächtigung des Streckennetzes und eine engere Taktung zu investieren.“**

Das 9 €-Ticket komme vor allem städtischen Ballungsräumen zugute. „Als Maßnahme zur Rück- und Neugewinnung von ÖPNV-Kunden ist die Tarifsenkung gerade in den ländlichen Räumen kaum geeignet, da sie befristet ist und nicht zu einer Angebotsausweitung führt. Stattdessen müssen wir uns langfristig besser und bedarfsgerechter aufstellen, gerade vor dem Hintergrund klimafreundlicher Angebote, die auf die jeweils unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen in Stadt und Land zugeschnitten sind.“

Auch die Länder und die Verkehrsbranche hatten die vom Bund angekündigte Tarifaktion zunächst kritisch bewertet. „Zwischenzeitlich sieht man dies seitens der Länder aber positiver. Der Grund liegt in der Erwartung, während der Pandemie verlorene Kunden zurückzugewinnen.“ Das lasse sich zwar nachvollziehen, verfestige aber auch den Eindruck eines Schnellschusses in einem Bereich, wo seit geraumer Zeit langfristige Investitionen und nachhaltige Strukturen zur aktiven Gestaltung der Mobilitätswende eingefordert werden. „Die 2,5 Mrd. € hätte man weitaus sinnvoller verwenden können.“

Positiv bewertete Sager demgegenüber, dass sich der Bund entsprechend der Ankündigung im Koalitionsvertrag auch 2022 zur Hälfte an den Kosten eines Corona-Rettungsschirms zum Ausgleich pandemiebedingter Mindereinnahmen im ÖPNV beteiligen will. Kritisch sieht er, dass den Bund keine Unterstützung hinsichtlich der gestiegenen Preise vor allem für Energie leisten will. „Wir unterstützen daher die Forderung der Verkehrsministerkonferenz für eine weitere Erhöhung der Regionalisierungsmittel um 1,5 Mrd. €, um die zwischenzeitliche Erhöhung der Bau-, Energie- und Personalkosten sowie Preissteigerungen infolge des Angriffskriegs auf die Ukraine auszugleichen. Das ist eine richtige und notwendige Maßnahme“, sagte er.